

**8. Interpellation von Cornelia Zecchin, Simon Wolfer, Anders Stokholm vom
16. August 2023 "10-Millionen-Schweiz – wie bewältigen wir das?"
(20/IN 51/556)**

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantinnen und Interpellanten, vertreten durch Kantonsrat Simon Wolfer, haben zuerst das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Simon Wolfer, Die Mitte/EVP: "10-Millionen-Schweiz": Das ist ein schwer fassbarer Begriff, der bei vielen Menschen in unserem Kanton Bedenken und Sorgen auslöst. "10-Millionen-Schweiz" ist ein grosses Thema, das unseren Kanton und unsere Gemeinden in der kommenden Zeit sehr stark beschäftigen wird. "10-Millionen-Schweiz": Das bedeutet Weichen, die heute gestellt werden müssen. Der Regierungsrat hat unsere Interpellation sorgfältig beantwortet, dafür danken wir ihm. Das Thema ist bedeutend, und es hat sehr viele Facetten. Wir Interpellanten halten eine kritische Auseinandersetzung damit für wichtig und **beantragen** deshalb **Diskussion**.

Abstimmung

Diskussion wird mit 100:0 Stimmen beschlossen.

Simon Wolfer, Die Mitte/EVP: Im Kern geht es bei der Diskussion um die 10-Millionen-Schweiz hauptsächlich um das starke Bevölkerungswachstum und die damit verbundenen Chancen; aber, und vor allem, auch um die Risiken. Der Kanton Thurgau hat in den letzten Jahren ein beachtliches Bevölkerungswachstum erlebt. Mit Blick auf die Chancen kann ein kontinuierliches Wachstum die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Kanton fördern, die kulturelle Vielfalt bereichern und das gesellschaftliche Leben dynamischer gestalten. Doch es gibt auch erhebliche Risiken und Herausforderungen, die wir nicht ignorieren dürfen. Die in der Antwort des Regierungsrates aufgezeigte Prognose der Entwicklung der ständigen Wohnbevölkerung im Kanton Thurgau weist für die Jahre 2020 bis 2035 rund 12–18 % Wachstum aus, einen satten Zuwachs von durchschnittlich rund 1 % pro Jahr. Aktuell ist das Wachstum deutlich höher: Für das vergangene Jahr hat die Dienststelle für Statistik ein Bevölkerungswachstum von sogar 1.4 % errechnet. Dieser Zuwachs in den kommenden Jahren wird begleitet von einem grossen demografischen Wandel, hin zu einer älter werdenden Bevölkerung. Es fragt sich, wer dieses Bevölkerungswachstum und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur wo auffangen soll. Der Regierungsrat weist daraufhin, dass die Annahmen zur Verteilung des Wachstums massgeblich auf der Grösse der Bauzonen fussen, und innerhalb der einzelnen Bauzonen werden Vorgaben zur Anzahl Raumnutzer gemacht. Diese Vorgaben des Kantons, das

heisst, auf welchem Raum wie viele Leute wohnen und arbeiten sollen, sind vor allem in den sogenannten urbanen Räumen in unserem Kanton sehr hoch. 65 % des Bevölkerungswachstums sollen die urbanen Räume aufnehmen. Das Wort der Stunde heisst "Innenverdichtung". Was als Ziel sicherlich richtig und sinnvoll ist, erweist sich in der Praxis und Umsetzung vor allem für die Städte und Zentren als grosse Herausforderung. Je knapper der Boden, desto höher die Preise und damit verbunden die Mieten. Die verdichtete Ausnützung des Bodens und die damit verbundene Bautätigkeit bergen sodann Zündstoff für vermehrte Konflikte, unter anderem auch nachbarschaftliche. Ein rascher Bevölkerungsanstieg belastet vor allem auch die öffentliche Infrastruktur. Verkehrsinfrastruktur und Versorgungsnetze müssen rechtzeitig erweitert und modernisiert werden, um den wachsenden Bedürfnissen gerecht zu werden. Sehr unter Druck stehen die Schulen; personell, aber vor allem auch mit den Schulräumen. Der Regierungsrat weist zu Recht darauf hin, dass die Kapazitäten bezüglich Schulraum in den nächsten Jahren auszubauen sein werden. In vielen Gemeinden ist der diesbezügliche Druck bereits jetzt sehr stark spürbar, und Lösungen sind nicht einfach. Bei den einen fehlt der Platz und Raum für Erweiterungen, anderen bereiten die Finanzierung oder die Kapazitäten zur Umsetzung grosser Investitionsvorhaben Bauchweh. Mir scheint wichtig, dass nicht jede Körperschaft nur ihr eigenes Gärtchen pflegt; sondern, dass gegenseitig unterstützt und nicht verhindert wird. Dafür sind die Politischen Gemeinden und die Schulgemeinden, aber auch der Kanton gefragt; der Kanton und seine Ämter vor allem auch dort, wo es um die planerischen und baulichen Vorgaben und Bewilligung von öffentlichen Bauten geht. Der Regierungsrat legt in der Beantwortung unseres Vorstosses weiter dar, welche zukunftsgerichteten Infrastrukturprojekte beispielsweise in den Bereichen Verkehr, Berufs- und Mittelschulen anstehen. Es ist wichtig, dass diese Infrastrukturprojekte des Kantons, aber auch vom Kanton angestossene und aktiv unterstützte Infrastrukturprojekte Dritter, nicht dem gegenwärtigen Spardruck zum Opfer fallen. Für eine mittel- und langfristig gesunde Entwicklung unseres Kantons ist es gerade in Zeiten mit grossem Bevölkerungswachstum wichtig, keinen Investitionsstau zu verursachen. Auch Investitionsprojekte aus der Wirtschaft mit allen ihren Zweigen sollen aktiv gefördert werden, damit es in unserem Kanton auch künftig genügend Arbeitsplätze gibt und mit dem Bevölkerungswachstum einhergehend auch die Wertschöpfung steigt. Der Regierungsrat weist gegenwärtig bei fast jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin, dass der Kanton heute und in nächster Zeit kaum in der Lage sei, zu finanzieren und zu unterstützen. Ein gewisses Verständnis für diese Haltung kann ich aufbringen. Mit Blick auf die grossen Herausforderungen, die das Wachstum in unserem Kanton mit sich bringen wird, ist und bleibt der Kanton aber in der Pflicht. Es liegt an uns allen, auch an uns Kantonsrätinnen und Kantonsräten, gut mit dem Bevölkerungswachstum umzugehen und die Weichen für eine positive Entwicklung zu stellen; dazu gehört auch das zur Verfügungstellen der benötigten Mittel. Gefragt ist letztlich aber nicht nur der Staat, sondern auch die vielen Freiwilligenorganisationen und Vereine, die den Thurgauerinnen und Thurgauern Halt

geben und die unsere Heimat ausmachen. Letztlich muss es das oberste Ziel aller Verantwortungsträger sein, dass der Mensch auch künftig im Kanton Thurgau attraktive Wohn- und Arbeitsbedingungen vorfindet, umgeben ist von einer intakten Umwelt und integriert ist in eine florierende Wirtschaft und in eine Gesellschaft mit einem ausgeprägten sozialen Zusammenhalt.

Anders Stokholm, FDP: Ich danke als Interpellant für die Gelegenheit, zu einer der grössten Herausforderungen der nächsten Jahre auch im Namen der FDP-Fraktion sprechen zu dürfen. Das Bevölkerungswachstum kennt mehr als nur eine Ursache und wird hauptsächlich und nachhaltig vor allem durch die längere Lebenserwartung getrieben. Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort die Dimension in dieser Entwicklung auf, sowohl rein zahlenmässig als auch bezüglich verschiedenster Facetten, vielen Dank dafür. Wie stark auch immer dieses Wachstum sein wird, persönlich glaube ich nicht so sehr, dass wir die 10 Millionen erreichen werden. Aber das werden wir dann sehen. Die Antwort des Regierungsrates zeigt schön auf, dass sich vor allem die Grössenordnung der Altersgruppen verändern wird. Der Anteil der Hochbetagten nimmt markant zu, derjenige der arbeitstätigen Bevölkerung vermag damit bei Weitem nicht Schritt zu halten; auch der jüngste Anteil nicht, wenn auch weniger markant als der etwas ältere Teil der Arbeitstätigen. Und tangiert werden zentrale Lebensbereiche sein von dieser Entwicklung, nämlich das Arbeiten, das Wohnen und auch unser Zusammenleben. Dies fordert die Politik, es fordert die Wirtschaft, und es fordert die Zivilgesellschaft heraus. Zuerst zur Arbeit: Für die Arbeitslast stehen künftig weniger bezahlte Schultern zur Verfügung, und die Arbeit selbst verändert sich, wird zunehmend digitaler, die Diskussion vorher hat es gezeigt, vielleicht nicht ganz so schnell, wie manche Aktionäre sich zum Beispiel bei KI erhofft hatten. Bildung bleibt daher wichtig. Ja, sie wird zunehmend wichtiger, vor allem die Weiterbildung. Die Weiterbildung jener, die wie ich vor 20, 30 oder 40 Jahren die Ausbildung noch mit vorsintflutlich anmutenden MS-DOS- oder Mac-Türmen absolvierten. Im nächsten Bildungsbericht, geschätzte Frau Regierungsrätin Neuweiler, muss daher der Weiterbildung besonders viel Raum gegeben werden. Und das Arbeiten über das Zielrentenalter hinaus – wie hoch das dann auch immer sein wird, darüber werden wir vielleicht noch einmal befinden müssen –, sei es bezahlt, freiwillig oder ehrenamtlich, das wird ebenfalls von zentraler Bedeutung werden, auch für die Wirtschaft: ein neuer Schwerpunkt des AVA würde ich meinen, geschätzter Herr Regierungspräsident Schönhöfer. Zum Wohnen: Allenthalben ist auch in der Beantwortung des Regierungsrates von der Erstellung von Wohnraum hauptsächlich in bereits gut entwickelten Gebieten die Rede. Das ist ja schön gesagt, nennen wir es beim Namen: Verdichtung; Verdichtung vor allem in den grösseren Kommunen sprich Städten. Lassen Sie mich deutlich werden: Das ist so etwas wie die Quadratur des Kreises oder anders gesagt saumässig schwierig, denn mehr Leute und mehr potenzieller Lärm auf gleichviel Raum mit hoher Lebensqualität, guter Sicherheit, bester Verkehrsanbindung und Parkplätzen für diejenigen, die

von den Dörfern dazu pendeln, am besten ohne kommunale Steuererhöhung und ohne Anpassung beim Zentrumslastenausgleich. Sorry, das geht so nicht. Hier hat nicht nur der Kanton eine Hausaufgabe beim Finanzausgleich, geschätzter Herr Regierungsrat Martin, und bei der Bekämpfung von Lärm an der Quelle, geschätzter Herr Regierungsrat Diezi, sondern auch wir, der Grosse Rat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und zu guter Letzt zum Leben: Wir werden zur Viergenerationengesellschaft. Das macht das Zusammenleben nicht unbedingt einfacher. Versteht die Elterngeneration die Kinder und Jugend kaum noch, wie viel weiter auseinander sind dann die Sichtweisen und Lebensrealitäten von Urgrosseltern. Schauen Sie doch nur schon auf die manchmal gehässigen Reaktionen auf Woke-Kultur oder Klimajugend, selbst in unserem Rat, und wir sehen, wie weit die Lebensrealitäten auseinanderliegen. Für den Zusammenhalt einzustehen statt das Trennende zu bewirtschaften, das wird eine Herausforderung für uns alle. Und bevor Sie nun innerlich Amen sagen, komme ich zum Schluss: Es gibt viel zu tun. Lassen Sie es, geschätzte Regierungsmitglieder, lassen wir es, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nicht bleiben.

Isabelle Vonlanthen-Specker, GRÜNE: Wir danken der Interpellantin und den Interpellanten für sachliche und interessante Fragestellungen und dem Regierungsrat für die Beantwortung. Wie können wir die 10-Millionen-Schweiz, falls sie denn kommt, bewältigen? Die Angst davor, dass zu viele Menschen in unserer kleinen, beschaulichen Schweiz leben werden, ist eine ernst zu nehmende Sorge vieler unserer Mitbürgerinnen. Deshalb freue ich mich, dass wir dieses wichtige Thema heute hier diskutieren können. Sich hierzu genug früh Gedanken zu machen, ist richtig und wichtig. Allerdings sollte uns hier als Kantonsparlament auch klar sein: Bevölkerungswachstum findet statt, unser Einfluss darauf ist aber überschaubar. Deutlich ist, wie wir bereits gehört haben, die Überalterung und damit verbunden eine massive demografische Verschiebung. Diese wird bis ins Jahr 2035 im Kanton Thurgau massiv zunehmen. Geblieben ist mir aus der Beantwortung des Regierungsrates folgende Zahl, um das zu verdeutlichen: Die Anzahl der hochbetagten Menschen, also 80 plus, wird sich in diesem kurzen Zeitraum verdoppeln. Was das für unsere Strukturen in den Alters- und Pflegeheimen und deren Personalbedarf bedeutet, kann sich jeder selbst ausrechnen. Der zusätzliche Platzbedarf wird eine raumplanerische Herausforderung, welche wir jedoch lösen können. Aus Sicht der GRÜNE-Fraktion soll die uns zur Verfügung stehende Fläche möglichst effizient genutzt werden und Wachstum dort erfolgen, wo der ÖV bereits gut ausgebaut ist – auch wenn das schwierig ist, wie mein Vorredner betont hat. Weitere Einzonungen an unbebautem Kulturland müssen eine absolute Ausnahme sein. Die Antwort auf Frage 4 fällt detailliert aus und bringt einige wichtige Punkte aufs Tapet. Es wird klar aufgeführt vom Regierungsrat, dass wir bei den Schulbauten zum Beispiel nicht genügend auf das Bevölkerungswachstum vorbereitet sein werden. Wenn wir nicht investieren, dann folgen – siehe Kantonsschule Frauenfeld – kostenintensive Provisorien. Der Regierungsrat rechnet hier

mit 17 % mehr Schülern auf Primarstufe in gut elf Jahren. Das wird so oder so eine Herausforderung, auf die wir uns so gut wie möglich vorbereiten sollten. Mit Blick auf die schwierige Finanzlage möchte die GRÜNE-Fraktion noch einmal betonen, dass es nicht sein darf, dass eine kurzfristige Steuersenkung der Grund ist, dass wir der wachsenden Bevölkerung nicht mehr die nötige Infrastruktur, insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung stellen können. Sehr interessant ist Frage Nummer 5 zur Auswirkung des Bevölkerungswachstums in dieser altersbedingten Konstellation auf den Arbeitsmarkt: Statt unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit Abschottungsinitiativen zu starten, die im schlimmsten Fall zu einer Aufgabe der Personenfreizügigkeit führen könnten, sollte es uns bewusst sein, wie es unserer Schweiz ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland erginge. Dies führt auch der Regierungsrat in seiner Antwort aus und betont die Zuwanderung als Chance für den Thurgauer Arbeitsmarkt. Ohne diese Arbeitskräfte, welche übrigens mehrheitlich aus EU- und EFTA-Staaten kommen, wäre der demografische Wandel, wie er aufgeführt ist, noch viel stärker spürbar. Zum Schluss möchte ich den Präsidenten von EspaceSuisse, dem Schweizer Verband für Raumplanung: "Den Wohnraum, den es für eine 10-Millionen-Schweiz braucht, können wir auf den bestehenden Flächen gewährleisten. Hierbei muss das Prinzip des revidierten Raumplanungsgesetzes angewandt und nach innen gebaut werden, ohne weitere Landschaft zubetonieren zu müssen."

Peter Schenk, EDU/Aufrecht: Die EDU/Aufrecht-Fraktion bedankt sich bei den Interpellanten für den Vorstoss und bei der Regierung und der Verwaltung für dessen Beantwortung. Eine 10-Millionen-Schweiz wünscht sich aus meinem Bekanntenkreis niemand, und darauf lege ich im Folgenden auch den Fokus. Die 9-Millionen-Marke wurde gemäss BFS schon im 2. Quartal 2023 geknackt. Die Zuwanderung sei der Haupttreiber, schreibt der Regierungsrat. Mit 27 %, das sind rund 2.35 Mio. Personen, weist die Schweiz europaweit hinter Luxemburg den zweithöchsten Ausländeranteil auf. Countrymeters vermeldet die aktuelle Bevölkerungszahl liege in der Schweiz bei 9'095'241 Personen.

Präsident: Geschätzte Damen und Herren, ich höre einen Brandalarm. Wir unterbrechen hier die Sitzung. Lassen Sie bitte alles zurück und verlassen Sie ruhig aber zügig den Saal. Begeben Sie sich zum Sammelplatz bei der evangelischen Kirche.

Es handelt sich beim Feuersalarm um eine Evakuierungsübung. Nach 20 Minuten kann der Ratsbetrieb weitergeführt werden.

Peter Schenk, EDU/Aufrecht: Die Netto-Zuwanderung in diesem Jahr bis jetzt betrage aktuell 52'741 Personen bei einem Bevölkerungswachstum von 64'591 Personen. Das ergibt einen natürlichen Bevölkerungswachstumssaldo von 11'850 Personen, den wir kaum beeinflussen können. Aber die fast 53'000 Zuwanderungen bis jetzt in diesem laufenden Jahr sind zu hinterfragen. Leider wurde die Frage, ob das Thurgauer Volk eine

"10-Millionen-Schweiz" wünscht und deren Auswirkungen ertragen will, nicht gestellt. Es scheint, dass die Interpellanten wie auch der Regierungsrat die 10 Millionen vor dem inneren Auge schon sehen und diese als von Bern oder von Brüssel oder von den Schurzträgern oder woher auch immer diktiert sehen. Mit diesem Vorstoss wird schon einmal abgeklärt und aufgezeigt, welche Massnahmen ergriffen werden sollen, damit dazu dann auch alles passt. Einhalt im Beeinflussbaren zu gebieten, scheint kein Thema zu sein. Das ist bedenklich. Ob unsere Enkel diese jetzige Lethargie dereinst toll finden werden? Wenn wir die aktuelle geopolitische Entwicklung anschauen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass künftig noch mehr Immigration passieren wird, sehr gross. Das wird den Thurgau als Grenzkanton verhältnismässig stärker treffen als andere. Das zeigt die Zuwachsrate im Jahr 2022 von 1.3 % gegenüber dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 0.9 % deutlich. Ob dann die drei dargelegten, so oder so sehr kostspieligen und aufwändigen Beantwortungsszenarien "verhebed", werden wir sehen. Die Beantwortung der einfachen Anfrage "Asylchaos: was sind die aktuellen Zahlen?" zeigt auf, wo die Reise in jüngster Zeit hingeht. Es ist uns sehr klar, dass unser Wirtschaftssystem auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist. Wir sind dankbar für die vielen sehr guten Fachkräfte, die unsere Wirtschaft unterstützen. Im Gegenzug werden diese vom Sozialstaat unterstützt, und sie werden auch entsprechend entlohnt, eine Win-Win-Situation also. Es gibt aber nicht wenige Zugezogene, auf die das obige Lob nicht zutrifft. Die Fraktion EDU/Aufrecht hat an der Entwicklung der Zahl der Zuwandernden schweizweit, wie auch im Thurgau, nicht nur Freude, insbesondere an deren oft problematischer Zusammensetzung und Integrationsbereitschaft. Die daraus resultierenden Überforderungen bezüglich Gesundheitsversorgung, Infrastruktur, Sozialwesen und insbesondere im Schulsystem sind uns allen bekannt. Sollte es unter uns in diesem Saal Kolleginnen und Kollegen und eventuell auch Medienschaffende geben, welche Obgenanntes nicht erkennen können, sei ihnen empfohlen, am Wochenende die Notfallstationen der Spitäler zu besuchen, die Entwicklung der Sozialversicherungssysteme anzuschauen, unangemeldete Schulbesuche zu machen und – am wirkungsvollsten – ein paar zugezogene Facharbeiter einzustellen und für diese als Arbeitgeber umfassend die Verantwortung zu tragen. Ich habe das als Unternehmer mehrfach gemacht, ich habe es erlebt, ich kenne das Resultat. Ich bin nicht ausländerfeindlich eingestellt, meine Familienzusammensetzung und die Zusammensetzung unserer Firmenbelegschaft beweisen das. Verfolgten und notleidenden Menschen müssen wir helfen, und es ist unsere Pflicht, sie auch zu beherbergen, sofern sie sich vollumfänglich integrieren wollen. Aber Zustände wie in Neukölln, wo der Ausländeranteil bei 49.9 % liegt und sich die Polizei nicht mehr hintraut, wollen wir nicht. Entwicklungen, welche zur Kalifatsausrufung führen, wie es kürzlich in Hamburg geschah, und immer häufiger werdende Messerstechereien auch im Thurgau, sollten uns befreien, hinzuschauen und rechtzeitig wirkungsvoll zu reagieren. An dieser Stelle bedankt sich die Fraktion EDU/Aufrecht ausdrücklich bei Nationalrat Pascal Schmid für sein diesbezügliches Wirken in Bern. Ich bin der Überzeugung, dass Migration enkel-

tauglich sein muss. Wie wird sie das? Mein Ratschlag dazu: Migration soll so gehandhabt werden, wie es in der Bibel im Buch Ruth beschrieben ist. Wir sollten diese Beschreibung sehr ernst nehmen und konsequent genauso umsetzen. Dann wird sich die Situation entschärfen. Ein letzter kurzer Punkt noch: Der Regierungsrat schreibt, attraktive und bedarfsgerechte Kinder-Drittbetreuungsangebote seien sicherzustellen, um das Potenzial der Frauen im Wirtschaftsprozess zu Gunsten des Fachkräftemangels ausschöpfen zu können. Das unterstützt die Fraktion EDU/Aufrecht in dieser Art nicht. Wir sind dafür, dass die Familie, welche das Original und die Grundlage der Gesellschaft ist, gefördert und zusammengehalten wird. Kinder-Drittbetreuung tut das nicht.

Reto Ammann, GLP: Manchmal kommt es schneller, als man denkt. Mein Vorredner hatte gefragt, ob die Leute von der Zeitung oder ein Kollege eine andere Meinung hätten. Hier kommt sie: Ich fühle mich glücklich, in einer Stadt zu leben, die 57 % Ausländeranteil hat, nicht wie Neukölln um die 50 %. Bei uns läuft das Zusammenleben sehr gut. Das Zweite zu meinem Vorredner: Ich befürworte und schätze das auch, dass er als Unternehmer wirklich auch ausländische Arbeitskräfte angestellt hat. Diese Frage stellt sich hier jedoch mehr: Was würde passieren, wenn wir diese nicht hätten? Die GLP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung und bei den Interpellanten für das Thema. Die "10-Millionen-Schweiz" wirft politisch Wellen, das sehen wir und sorgt bei Vielen für Verunsicherung und Ängste. Folgen des Dichtestresses wie Wohnraumknappheit, die Angst vor unkontrollierter Einwanderung, aber auch die Angst vor fehlenden Fachkräften oder gar einer Stagflation, falls es keine Einwanderungen mehr gibt. Alle und alles ist ernst zu nehmen, alles ist aber auch komplex. Und da bin ich anderer Meinung wie mein Vorredner: Selbst eine radikale Verringerung des Wirtschaftswachstums auf null würde keine Einhaltung der Bevölkerung auf 10 Millionen bedeuten. Ich gebe ein Beispiel: Das ist vergleichbar mit einem Auto, das jetzt 100 km/h fährt und jetzt eine Vollbremsung macht. Der Bremsweg wird im übertragenen Sinne dafür sorgen, dass wir trotzdem über diese 10 Millionen schreiten werden. Das ist Fakt. Die Konsequenzen einer Vollbremsung wären aber gravierend. Aufgrund der Bevölkerungspyramide und tiefer Fertilitätsrate müssten fast alle, die jetzt Teilzeit arbeiten, verpflichtet werden, mehr zu arbeiten, da in den kommenden Jahren, ob wir es wollen oder nicht – wir haben es heute auch schon gehört – 1.2 Millionen pensioniert werden, aber nur eine Million in den Arbeitsprozess nachrücken wird. Der Gap wird aber nicht 200'000 sein, sondern bei fehlenden Arbeitskräften rasch 300'000 oder eine halbe Million. Die Wirtschaft wird entweder Teile stilllegen oder ins Ausland verlagern, da Automatisierung und Digitalisierungen zwar einen Teil, aber nicht alles übernehmen können. Die Verpflichtung mehr zu arbeiten, dürfte nur gelingen, wenn es den Menschen ökonomisch spürbar schlechter geht und sie mehr arbeiten müssen. Dies wäre meines Erachtens kein anzustrebendes Modell. Die Schweiz müsste mit dem 10 Millionen Plafonierungsziel schlicht unattraktiver werden. Daniel Kalt, CIO der UBS, sprach kürzlich davon, dass Deglobalisierung und

Demografieprobleme mit Arbeitskräftemangel, letztlich die Schweiz und damit auch den Thurgau zu einer Stagflation führen, sprich sinkendem Bruttoinlandprodukt bei steigender Inflation. Auch das darf kein gutes Modell sein. Wer mehr arbeiten muss, da der Lebensstandard gezielt sinken soll, der ist wohl auch nicht bereit, mehr Kinder grosszuziehen. Da helfen auch keine weiter ausgebauten Sozialwerke – und Schulbauten, die dann irgendwo stehen, auf 40 Jahre gebaut, sind dann auch nicht unbedingt hilfreich –, da diese aufgrund von Nullwachstum und Überalterung noch schwerer finanziert werden können. Eine 10-Millionen-Schweiz ist somit eher eine zu organisierende Tatsache, denn ein Problem. Es wird dann zum Problem, wenn wir es versäumen, unsere Versorgung und Infrastruktur klug und vorausschauend anzupassen und die uns auszeichnenden Werte – und da bin ich gleicher Meinung wie mein Vorredner – wie Erfindergeist und demokratische Prozesse nicht vernachlässigt werden, sondern weiterentwickelt werden. Boris Zürcher vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) brachte es an einem Vortrag auf den Punkt: Der Schweizer Arbeitsmarkt wächst über seinem demografischen Potenzial. Läden schliessen oder begrenzen die Öffnungszeiten, dies wegen Fachkräftemangel und nicht aus Arbeitsmangel. Ich kenne genügend Bäckereien, die einfach keine Leute finden und dann schliessen; nicht, weil die Kunden kein Brot wollen, sondern weil sie keine Arbeitskräfte finden. Schleichend wird das Normale hingenommen, wo eigentlich Alarmglocken heulen müssten. Man stelle sich jetzt nur einmal vor, wie es aussehen würde in der gesamten Schweiz – und der Thurgau ist da sicherlich auch stark betroffen – ohne die 400'000 Grenzgänger in den Grenzkantonen, gerade im Gesundheitswesen, das auch angetönt worden ist. Was da noch funktionieren würde, ob ich jetzt am Abend auf die Notfallstation gehe oder einfach ganz schlicht einen Operationstermin habe, werden wir hoffentlich nie erleben müssen. Wer also generell gegen Zuwanderung ist – und generell ist ja niemand dagegen –, aber wer dagegen ist muss das Beschäftigungswachstum, letztlich das reale Bruttoeinkommen, einschränken. Das wollen wir, glaube ich, nicht, ich jedenfalls nicht. Gleichzeitig sollte vorgeklärt werden, wo denn die in der Schweiz fehlenden Fachspezialisten herkommen. Wir finden derzeit im Inland nicht genügend Spezialisten, welche bei uns pflegen, reinigen, Armierungseisen legen, aber auch forschen auf Spitzenniveau. Dass die Zuwanderung das Wachstum der Schweizer Wirtschaft lediglich aufblähe, ohne dass der Einzelne davon profitiere, dazu sagt der dritte Forscher, Konjunkturforscher Prof. Dr. Jan-Egbert Sturm mit Thurgauer Vergangenheit, dass diesem Argument die falsche Logik zugrunde liege, denn die Kausalität sei genau umgekehrt: Weil unsere Wirtschaft nach wie vor wachse, brauche sie mehr Ressourcen. Diese beschaffe sie sich durch den technologischen Fortschritt und Effizienzgewinne. Weil der inländische Pool an Arbeitskräften praktisch ausgeschöpft sei, komme es zu Immigration. Wir sollten das Potenzial der Zuwanderungen also nutzen als einen Hebel gegen den Arbeitskräftemangel. Dazu gehören auch Flüchtlinge, die wir möglichst schnell integrieren sollten. Es ist für die GLP-Fraktion deshalb erforderlich, aus den Herausforderungen neue, unkonventionelle unternehmerische Lösungen zu finden, auch im

Hinblick auf die Infrastrukturen. Die Schweiz ist und bleibt hoffentlich ein Wirtschaftsmagnet, auch wenn die Musik zunehmend anderswo viel lauter spielt. Die Schweizer Erfolgsgeschichte ist eine Geschichte auch der Einwanderung. Die Zuwanderung wird dazu beitragen, den Bedarf an Fach- und Arbeitskräften zu decken und die Wirtschaftsleistung der Schweiz zu steigern. Die Schweiz und auch der Thurgau profitieren von der Zuwanderung, sie stellt unser Land jedoch, wie wir gehört haben, vor grosse Herausforderungen. Dazu gehört eine kluge und verantwortungsvolle Integrations- und Migrationspolitik, ja, mit der konsequenten Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen bei Missbrauchsfällen, das ist selbstverständlich. Dazu gehört aber auch eine moderne, auf Zirkularität und kurze Wege basierende Infrastrukturplanung. Und dazu gehört auch, dass wir die Biodiversität und unsere Lebensgrundlagen wirklich schützen, Natur und Umwelt. Diese grossen Herausforderungen müssen in der Planung mit eingedacht werden. Hochkomplex somit, das heisst aber auch gemeinsame Lösungssuche, denn nur so werden wir diese oft widersprechenden Realitäten auch lösen können. Wir wollen als GLP-Fraktion hier Hand bieten, möglichst aber – und das ist uns ganz wichtig – versuchen, attraktiv zu bleiben, der attraktivste idealerweise und lebenswerteste Ort auf dem ganzen Planeten. Dazu benötigen wir gut ausgebildete, leistungs- und integrationswillige Menschen für unser Land; Xhakas, Hayeks oder Einsteins in allen Bereichen wie auch Müllers, Rappolds und so weiter. Unattraktivität darf keine Lösung sein.

Sandra Stadler, Die Mitte/EVP: Im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP danke ich dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation "10-Millionen-Schweiz". Ich habe das Privileg, ein bisschen kürzer sprechen zu dürfen, nicht weil wir alle Hunger haben, aber weil unser Fraktionskollege Simon Wolfer bereits als Sprecher der Interpellanten tätig war. Uns ist bewusst, dass der demografische Wandel auch im Thurgau sehr komplex ist und grosse Herausforderungen mit sich bringt. Wir erkennen dies, sehen Chancen, aber auch Risiken. Deshalb sind wir für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung im Thurgau. In nächster Zeit werden wir hauptpunktmässig folgende Themen deshalb positiv werten: Der Kanton soll die Infrastruktur auf die Bevölkerungsszenarien abstimmen. Dies umfasst vor allem den Ausbau von Schulen, zukunftsgerichtete Gesundheitseinrichtungen, Verkehrswege und andere öffentliche Einrichtungen. Investitionen in Bildung, um die Qualifikation der Arbeitskräfte zu verbessern und den Fachkräftemangel zu mindern, insbesondere Förderung von Weiterbildungs- und Umschulungsangebot, vor allem für ältere Arbeitnehmer, damit diese auf den Wandel im Arbeitsmarkt vorbereitet sind. Unterstützung von gemeinnützigen Organisationen und Initiativen, die den sozialen Zusammenhalt fördern. Diese Massnahmen erfordern aber eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gemeinden, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Nur so können wir dem Bevölkerungswachstum auch im Kanton Thurgau erfolgreich begegnen.

Markus Birk, SP und Gew.: Die Zunahme der Bevölkerung in der Schweiz wird in allen Teilen des Alltags immer mehr zum Thema. Dies zeigen auch die Antworten des Regierungsrates zur Interpellation. Es liest sich zeitweilig wie eine Marketingoffensive für all die geplanten Bauprojekte wie Kantonsschulen, Thurkorrektur, Kantonalfängnis und so weiter. Dass diese Entwicklung kostet, sollte uns allen klar sein. Nur wie wir die Finanzen dazu erwirtschaften wollen, dazu äussert sich der Regierungsrat etwas zurückhaltend. Grosse Sorgen bereiten uns vor allem die Zunahme der Bevölkerung über 65 Jahren und die Anzahl Hochbetagter. Genau da sprechen wir dann von einer adäquaten Gesundheitsversorgung und genügend Pflegeheimplätzen. Die dringend notwendigen Gelder für die Umsetzung der Pflegeinitiative hat der Regierungsrat ja bekanntlich halbiert und damit viele Hindernisse aufgebaut statt abgebaut. Erfreulich ist, dass wir doch auch Zuwachs im Bereich der Kinder und Jugendlichen haben, so dass sich der Anteil an der Wohnbevölkerung bei stabilen 20 % beläuft. Hoffen wir, die jungen Thurgauerinnen und Thurgauer kommen dereinst in ihren Heimatkanton zurück. Das anhaltende Wachstum erfordert eine gezielte Planung im Bereich Raumentwicklung, um die Siedlungsentwicklung für Wohnen und Gewerbe in Einklang zu bringen. Weniger Bodenverbrauch, weniger Einzonungen und eine hohe Dichte an gut erschlossenen Orten, damit müssen wir leben lernen. Wollen wir ein Wohnkanton werden oder eben bleiben, müssen die Unternehmen mit ihren Arbeitsplätzen für die Thurgauer Wirtschaft mitdenken. Dies muss Grundlage zur Überlegung werden. Es ist immerhin viel Planung angedacht in den Bereichen Verkehr, Trinkwasser, Abwasser und Abfallerwirtschaftung sowie öffentliche Sicherheit. Unverständlich für uns als Fraktion ist immer noch die ungetrübte Zustimmung zur BTS, welche bekanntlich nicht gerade zu weniger Bodenverbrauch führt, und das Schneckentempo beim Langsamverkehr oder die zögerliche Umsetzung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier sollte sich der Kanton einen Ruck geben und endlich für alle eine verträgliche Lösung suchen statt für wenige. Wir hoffen, die vielen Planungen sind auch irgendwo koordiniert und verlaufen nicht im Sand. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wäre sonst noch eine grössere Belastung für die Kantonsangestellten, als er jetzt schon ist. Schliesslich steckt ja viel Wissen und Arbeit dahinter. In diesem Sinne sehen wir einem Zuwachs der Thurgauer Bevölkerung positiv entgegen und wollen mit unserer Politik einen Beitrag an einen sozialen, klimafreundlichen und aufgeschlossenen Thurgau leisten.

Melanie Zellweger, SVP: Ich verlese das Votum der heute abwesenden Fraktionskollegin Aline Indergand im Namen der SVP-Fraktion: Die Interpellation wirft Fragen zum Szenario einer "10-Millionen-Schweiz" auf. So werden darin das Bevölkerungswachstum, die altersmässige Zusammensetzung, die Raumplanung und die Infrastruktur des Kantons Thurgau sowie der Arbeitsmarkt thematisiert und nachvollziehbare und ausführliche Antworten darauf durch den Regierungsrat geliefert. Die SVP-Fraktion sieht im Bevölkerungswachstum grosse Herausforderungen und ist besorgt über folgende Erkenntnisse:

Die Höhe von 16 % des erwarteten mittleren Wachstums im Kanton Thurgau; 9'000 Primarschülerinnen und -schüler mehr bis 2035; das überaus starke Wachstum der Pensionäre um 56 %, die Verdoppelung der Anzahl der Hochbetagten, also 80 plus; sowie das nur minime Wachstum der arbeitenden Bevölkerungsschicht. Wie wir es drehen oder wenden: Die arbeitende und damit die steuerzahlende Bevölkerungsschicht wächst nur minim, während die zu finanzierenden Bevölkerungsschichten deutlich wachsen. Ausserdem treten bald mehr pensionierte Personen aus dem Arbeitsmarkt aus als junge Menschen nachrücken. Die finanziellen Probleme sind vorprogrammiert beziehungsweise zeichnen sich bereits heutzutage ab. Die Interpellanten und der Regierungsrat haben berechnete betroffene Bereiche aufgeworfen. Doch aus Sicht der SVP-Fraktion fehlen in dieser Interpellation und in der Beantwortung weitere sehr grosse Herausforderungen, die wir im Kanton bereits stark spüren und die sich weiter verschärfen werden. Das sind: Personalmangel im Gesundheitswesen, massive Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt, unsichere Stromversorgung durch mehr Stromnutzer, Bewältigung des Asylbereichs und dessen Missbrauch, Strapazierung unserer Sozialhilfswerke, Erhöhung des Integrationsaufwandes durch die wachsende Zahl an Zugewanderten, Überbauung unserer Grünflächen mittels neuer Strassen, neuer Versorgungsanlagen der Gemeinden und des Kantons, Verdrängung unserer Naherholungsgebiete und der Natur durch immer mehr Einwohner, Einschränkung unserer Landwirtschaft durch Wegnahme von fruchtbaren Böden, wie zum Beispiel durch das Projekt Thur+ oder Strassenprojekte. Was ist die Ursache dieser vielen auf uns zukommenden Probleme? Die schweizweit hohe Zuwanderung: Es kann doch nicht sein, dass jährlich über 100'000 Menschen netto in die Schweiz einwandern. Im Jahr 2023 waren es netto sogar 140'000, davon allein waren 20 % Ukrainer mit Schutzstatus S. Der Druck auf die kantonalen Infrastrukturen steigt dadurch jedes Jahr gewaltig. Die Bevölkerung wächst durch Zuwanderung, das ist nicht von der Hand zu weisen. Die SVP-Fraktion sieht nicht die generelle Zuwanderung per se als Problem, sondern die masslose und unregelmässige Zuwanderung, wie wir es erleben. Diese Entwicklung hat eine unaufhaltbare Sogwirkung zur Folge. Die Schweiz und insbesondere der Kanton Thurgau sind bekannt für einen hohen Lebensstandard. Aus diesem Grund kommen immer mehr Menschen in die Schweiz und wollen ihren Lebensstandard an unseren anpassen. Die zugewanderten Menschen brauchen Arbeit, auch wenn sehr viele der zugewanderten Menschen nicht unseren Fachkräften entsprechen, die wir suchen. Mehr Mitarbeiter ermöglichen unserer Wirtschaft die Annahme von mehr Aufträgen, um ihren Umsatz steigern zu können, und das braucht wieder mehr Menschen. Dabei ist doch nicht die Quantität die treibende Kraft zum Wohlstand und zu einem hohen Lebensstandard bei uns in der Schweiz, sondern die Qualität, wie wir arbeiten, leben und wie wir sind. Es ist klar, dass alle herkommen wollen, aber wir können und wollen nicht alle aufnehmen. Denn bezahlen werden das schlussendlich wir als Steuerzahler sowie die kommenden Generationen mit neuen Strassen, neuen Bahnnetzen, neuen Spitälern und Altersheimen, neuen Kitas, neuen Schulen und zu Lasten von

unserem Lebensraum, der bestehenden Natur, produzierenden Landwirtschaft und einer eingespielten und gut funktionierenden Gesellschaft. Eine kontrollierende Zuwanderung kann dieser Problematik Abhilfe verschaffen und es nicht so weit kommen zu lassen, dass die Schweiz zu einer "10-Millionen-Schweiz" beziehungsweise der Thurgau auf über 320'000 Einwohner heranwächst.

Peter Dransfeld, GRÜNE: Ich erlaube mir, einen besonderen Aspekt noch kurz zu erwähnen, der zu Recht von verschiedenen Vorrednern schon erwähnt wurde, auch von meiner direkten Vorrednerin. Es geht um die Infrastruktur. Es ist sicher richtig und unbestritten, dass wir reagieren müssen auf ein Bevölkerungswachstum, was die Infrastruktur angeht, dass wir vorausschauend planen müssen und das auch im Wissen, dass unser Einfluss auf das Bevölkerungswachstum hier im Thurgau relativ überschaubar ist, dass die Hebel andernorts gestellt werden. Nun einfach etwas Gedankenanstoss: Es könnte ja auch gehen mit etwas weniger Quadratmeter Wohnraum pro Person. Es könnte gehen mit etwas weniger Quadratmeter Büroraum pro Arbeitsplatz. Es könnte auch gehen mit etwas weniger Quadratmeter Schulraum pro Schülerin oder Schüler. Es könnte gehen, dass man vermehrt im Volg einkaufen geht statt im LAGO oder im Glattzentrum. Es könnte sein, dass man ein Konzert besucht in der Vollmondbar vor Ort und nicht im Hallenstadion und das könnte auch sein, dass man zum "Bädele" zum Untersee geht und nicht ans Meer. Ich bin tatsächlich der Meinung, dass es mit weniger Quadratmeter, mit weniger Kubikmeter, mit weniger Kilometer Infrastruktur gehen kann, dass es viele gute, schlanke Lösungen gibt, die keine essentielle Einschränkung unserer Lebensqualität bedeuten. Ich spreche von Suffizienz auf neudeutsch oder etwas altmodischer von Genügsamkeit, was nicht zu verwechseln ist mit Einschränkung oder spartanischem Leben. Ich glaube, etwas Genügsamkeit beinhaltet ökonomische und auch ökologische Vorteile und zwar für Immigranten, wie ich einer bin, und ebenso für Ureinwohnerinnen und Ureinwohner. Ich glaube, dass in einer gewissen Genügsamkeit, in einer gewissen Suffizienz eine Chance steht, indem wir die Qualität höher werten als die Quantität.

Regierungsrat Dr. Dominik Diezi: "10-Millionen-Schweiz", wollen wir das? Diese Frage wird weder gestellt von den Interpellanten, noch haben wir sie beantwortet, und das ist auch richtig so nach unserer Auffassung, weil diese Frage ist wirklich auf nationaler Ebene zu diskutieren. Da werden die Weichen gestellt, da sind die "Schräubchen", wenn man da allenfalls herumschrauben will. Wir hier im Thurgau, wir können Prognosen machen und nachher darauf reagieren, und das haben wir in unseren Ausführungen auf die Fragen der Interpellanten – die sicher sehr wertvoll sind, auch die Diskussion ist sehr wertvoll, denn das ist ein "Megathema" letztlich – versucht, zu beantworten. Was das Wachstum als solches anbelangt, haben wir uns einfach immerhin erlaubt, darauf hinzuweisen, dass natürlich diese Einwanderung letztlich nicht einfach vom Himmel fällt. Das hat natürlich als Hauptursache diese demografische Entwicklung, die wir hier, wie überall

in Westeuropa, zu verzeichnen haben, und die ist halt dramatisch. Ich glaube, das ist man sich manchmal gar nicht so richtig bewusst: Die Geburtenrate ist momentan sogar wieder im Sinken begriffen, sie liegt irgendwo bei 1.3 oder 1.4 Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter. Das heisst im Klartext, dass wir langfristig aussterben. Also müssen wir hier reagieren. Das können wir an drei Orten machen: Entweder sorgen wir dafür, dass es wieder mehr Geburten gibt – das ist halt einmal grundsätzlich nicht ganz so einfach, wir setzen hier vor allem an bei der familienergänzenden Betreuung. Kantonsrat Peter Schenk, wir wollen jedem die Freiheit lassen. Wer ein traditionelles Familienbild pflegen will, der soll das tun. Aber wir wollen seitens des Kantons und der Gemeinden, die hier vor allem auch gefordert sind, sicherstellen, dass diejenigen, die Beruf und Kinder vereinbaren wollen, das auch tun können, in der Hoffnung einerseits, dass es vielleicht wieder mehr Kinder gibt, und in der Hoffnung, dass dann auch mehr gearbeitet wird. Weil, das ist der zweite Punkt, an dem wir ansetzen können: dass der Beschäftigungsgrad der hier lebenden Wohnbevölkerung gesteigert werden kann. Und wenn das beides nicht genügend bringt, dann bleibt nur die Einwanderung. Da muss man jetzt nicht Weissager sein: Wir werden auf die Einwanderung angewiesen sein, wenn wir diese riesigen Herausforderungen rein aufgrund der Alterung – da werden so viele Arbeitskräfte mehr gefordert sein in der Betreuung, Pflege, aber auch im medizinischen Bereich – meistern wollen. Die müssen irgendwo herkommen. Da sind wir noch gar nicht bei irgendeinem Wirtschaftswachstum und bei den Bedürfnissen der Industrie und des Gewerbes, das ja auch da ist. Händeringend wird nach Fachkräften gesucht, und das wird sich über die nächsten 10 bis 15 Jahre noch massiv verschärfen. Von daher denke ich, muss man da schon noch die Realität sehen: Wir werden ohne weitere Zuwanderung nicht auskommen. Aber jetzt zum eigentlichen Thema im Kanton Thurgau: Wie bewältigen wir dieses Wachstum? Wie gesagt, wir machen Prognosen. Prognosen sind definitionsgemäss immer unsicher, aber es hat sich gezeigt, dass wir da in der Vergangenheit relativ gut gelegen sind. Von daher müssen wir davon ausgehen, dass sich heruntergebrochen auf den Thurgau eben dieses “10-Millionen-Schweiz”-Szenario durchaus verwirklichen könnte. Das stellt uns natürlich jetzt vor sehr grosse Herausforderungen, nicht nur uns, sondern auch die Politischen Gemeinden und die Schulgemeinden. Es wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass wir vor allem im Infrastrukturbereich sehr gefordert sein werden. Auch hier, das ist nicht einfach fahren auf Sicht. Wir haben Prognosen bis 2040, was wir im Berufsschulbereich, im Kantonsschulbereich mit Schülern rechnen müssen, auch aufgeteilt auf die Standorte. Wir haben auch bereits aufgezeigt, was es für Investitionen brauchen wird. Wir haben das auch im Bericht wieder ausgeführt. Was hier einfach noch nicht gesichert ist, das ist die Finanzierung. Und es wurde zu Recht gesagt, die nötigen Finanzen müssen irgendwie bereitgestellt werden. Wir werden nächstens weitere Ausführungen machen im Zusammenhang mit dem kommenden Budget, denn wenn Sie in die Finanzstrategie schauen mit den 60 Millionen ab 2027, da können wir gerade den Bestand noch sichern, aber sicher nicht dieses Wachstum hier bewältigen im Schulbe-

reich, im Sicherheitsbereich insbesondere. Dann die Verdichtung, oder wir können sagen generell die Nachhaltigkeit: Wir müssen schauen, dass wir diese Entwicklung möglichst nachhaltig bewältigen können. Da ist es einmal entscheidend, dass wir nicht mehr weiter in die Breite wachsen, sondern eben in die Höhe – Stichwort Verdichtung. Das ist nicht einfach, da bin ich voll beim Frauenfelder Stadtpräsidenten. Was hier einfach auch zu sagen ist, und ich habe das schon bei anderer Gelegenheit erwähnt: ein Problem im Thurgau sind die brachliegenden Flächen; insgesamt 7 km², die eigentlich zur Verfügung stünden, aber privatrechtlich eben dann doch nicht. In der Vergangenheit hatte der Grosse Rat kein Musikgehör, dass wir hier auch "Schräubchen" in die Hand bekommen, um sanft Druck auszuüben, dass so ein Boden mobilisiert werden kann. Vielleicht wäre hier auch einmal ein gewisses Umdenken angesagt. Generell ist der Boden kostbar. Wir tun alles, damit wir auch mit der übrigen Infrastruktur nicht in die Breite wachsen. Die BTS/N23 wurde angesprochen: Ich meine, hier haben wir seit Jahrzehnten das Problem, dass wir eine sehr lärmgeplagte Bevölkerung haben, die endlich Antworten von uns will, und dieser motorisierte Individualverkehr, der aktuell hier die ganze Strasse blockiert, verhindert doch jeden vernünftigen Ausbau, gerade für den Langsamverkehr. Also hier können wir nicht einfach darüber hinweggehen, hier müssen wir irgendwie handeln. Dann möchte ich auch noch kurz etwas sagen zu Thur3: Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass Thur3, wenn das dann einmal realisiert ist, im grossen Umfang Landwirtschaftsland schützt. Das wird immer geflissentlich so auf die Seite geschoben. Wir können momentan die Sicherheit nicht mehr gewährleisten, die wir müssten. Es sind Riesenflächen an bestem Landwirtschaftsland akut gefährdet. Wenn hier irgendetwas bricht, dann ist vor allem die Landwirtschaft gefährdet. Darum müssen wir auch da vorwärts machen und auch da schauen, dass wir die nötigen Finanzen bereitstellen können. Ja, es bleibt sehr viel zu tun. Alle sind gefordert. Aber wie gesagt, es braucht letztlich auch die nötigen Mittel. Und um die Zurverfügungstellung sicherzustellen, sind Sie als Grosser Rat absolut zentral.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.

Ende der Vormittagssitzung: 12:05 Uhr

Beginn der Nachmittagssitzung: 13.35 Uhr